



DGB Bremen-Elbe-Weser | Bahnhofplatz 22-28 | 28195 Bremen

Bürgermeister Andreas Bovenschulte
Senatskanzlei Bremen
Am Markt 21
28195 Bremen

Gute Leute. Gute Arbeit. Wertschätzung – für alle!

20. November 2020

Position der Gewerkschaften für den Öffentlichen Dienst - GEW, GdP und ver.di - gemeinsam mit dem DGB zur Abfederung der außergewöhnlichen Belastungen für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Bremen in „Corona-Zeiten“

Annette Düring
Vorsitzende
DGB Bremen-Elbe-Weser

Sehr geehrter Bürgermeister Bovenschulte,

annette.duering@dgb.de

Seit den ersten Einschränkungen aufgrund der Infektionszahlen im März 2020 und aufgrund der weiteren Beschränkungen aktuell gibt es für sehr viele Menschen Belastungen im persönlichen und beruflichen Bereich.

Telefon: 0421-33576-10
Telefax: 0421-33576-60

Familien können sich nicht sehen, ältere Menschen sind einsam, Kinder haben begrenzten Kontakt zu anderen Kindern, Freunde und Bekannte können oft nur telefonieren, sich aber nicht persönlich treffen. Auch Hochzeiten, Familienfeiern, Beerdigungen und Gottesdienste finden nur mit Einschränkungen statt, Sport- und Freizeitangebote mussten heruntergefahren werden. Auch bei der Bezahlung gibt es erhebliche Einschnitte. Viele Beschäftigte müssen mit Kurzarbeitergeld auskommen, ganze Branchen (Kultur, Gaststätten, Touristik) sind brachgelegt. Niemand kann sagen, wie lange es so weitergeht.

dü/te

Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen

bremen.dgb.de

In vielen Bereichen engagieren sich zum Glück Menschen ehrenamtlich und unterstützen so unser Gemeinwesen, ihnen ist großer Dank zu sagen und sie müssen noch stärkere Unterstützung auch von der Politik erfahren.

Millionen von Arbeitnehmern/-innen sorgen dafür, dass weite Teile der Wirtschaft weiter laufen und unsere Versorgung mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern gesichert ist, was mit dazu führt, dass es keinerlei Unruhen oder zu diesbezüglichen prägnanten Straftaten kommt.

Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst tragen dazu bei, dass die Daseinsvorsorge, das öffentliche Leben insgesamt und damit unsere Gesellschaft trotz der Einschränkungen weiter Bestand haben. Sie und ihre Familien vertreten wir, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes GEW, GdP und ver.di gemeinsam mit dem DGB.

Wir stehen für Solidarität und Gemeinwohl, daher sind wir natürlich solidarisch mit den Menschen, deren Existenzen bedroht sind. Wir stehen aber auch für Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die vor allem in vielen systemrelevanten Berufen (Gesundheitswesen, Schule, Polizei, Feuerwehr etc.) arbeiten und besondere Herausforderungen haben.

Es ist notwendig, besondere Berufsgruppen im öffentlichen Dienst auch besonders zu betrachten, um deren zusätzliche Belastungen und die erhöhte Infektionsgefahr im Dienst abzufedern.

Die Bundesregierung hat nun auch für den Beamtenbereich eine gestaffelte „Corona-Prämie“ beschlossen, die noch in diesem Jahr ausgezahlt werden soll. Dies ist ein Verdienst der Tarifeinigung zwischen den beteiligten Gewerkschaften, dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber. Der Tarifvertrag und der Beschluss der Bundesregierung sind auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder (TVL) präsent. Dort sind die Belastungen genauso hoch wie bei den Beschäftigten in den Kommunen und dem Bund.

**Die jetzige Krise macht bewusst, dass es nur heißen kann:
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**

Gleichzeitig zeigt sich, dass es notwendig ist, wieder gemeinsame Verhandlungen für alle Bereiche (Kommunen, Länder und Bund) durchzuführen, um hier den schon jetzt bestehenden Abstand von Beamten/-innen der Länder im Vergleich zu Kommunal- und Bundesbeamten/-innen nicht weiter größer werden zu lassen.

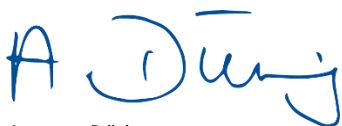
Aufgrund unserer oben beschriebenen solidarischen Verantwortung in Zeiten der Pandemie fordern wir (GEW, GdP und ver.di gemeinsam mit dem DGB) vom Bremer Senat, sich mit uns an einen Tisch zu setzen, um über die zusätzlichen Belastungen auch für Landesbeschäftigte zu sprechen und eine Form der Wertschätzung zu finden. Dies kann entweder in Form eines finanziellen Betrages, in Form von Zeitausgleich oder auch aufgrund weiterer Vereinbarungen möglich sein.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leisten hier in Bremen eine unerlässliche und eine unersetzliche Aufgabe für das Gemeinwohl und das Gemeinwesen.

Wir treten gemeinsam an den Senat und an die demokratischen Parteien in der bremischen Bürgerschaft heran, um eine für alle sozialadäquate Regelung zu vereinbaren.

Dafür werben GEW, GdP, ver.di und DGB gemeinsam.

Mit freundlichen Grüßen



Annette Düring

Vorsitzende des DGB Bremen



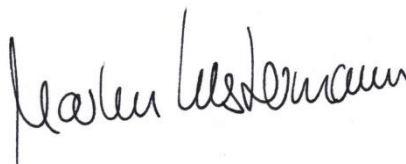
Lüder Fasche

Vorsitzender der GdP Bremen



Elke Suhr

Sprecherin des Landesvorstands der GEW Bremen



Markus Westermann

Geschäftsführer

ver.di Bremen-Nord-Niedersachsen